

Allianzen
 alte Bundesrepublik
 altern
 Antisemitismusdefinition
 Bf
 barrierefrei
 Beziehungsanbahnung
 Bruderland
 citizenship
 Dauerleihgabe
 eckiger Tisch
 Eigenheim
 einsam
 Einzugsgebiet
 Engagement
 erben
 gesundheitliche Versorgungsstrukturen
 gleichwertige Lebensverhältnisse
 Grundsicherung
 intersektional
 Kneipe
 Ko-
 Kohleausstieg
 Labor
 Manifest
 mehrsprachig
 Mindestlohn
 Mitte-Studie
 parallelisieren
 Nebenklage
obdachlos
 Plattformökonomie
 politische Bildung
 Privileg
 Racial Profiling
 repräsentativ
 Schulfisch
 Seenotrettung
 soziale Mischung
 soziale Reproduktion
 streifen
 Suchbarkeit
 Tierwohl
 trans
 Umfrage

Vom Rand und von den Rändern

Ein obdachloser Mensch ist vollends von seiner Obdachlosigkeit bestimmt, und zwar jeden Tag von Sonnenaufgang bis Sonnenaufgang bis Sonnenaufgang. Es gibt keine Pause, keinen Urlaub oder Feierabend, weil die körperlichen und psychischen Bedürfnisse nie dauerhaft gestillt werden können und weil es keinen Raum gibt, über den Obdachlose verfügen oder selbst bestimmen könnten. Für sie gibt es allerhand spezielle Einrichtungen mitsamt Verwaltung, Hausordnung und Öffnungszeiten. Während dieser können sie sich gemeinschaftlich, ohne eine Gemeinschaft zu sein, zurückziehen, solange noch ein Plätzchen frei ist. Manche dieser Einrichtungen sind in gutem Zustand und werden von netten, warmherzigen Menschen betrieben, und manch andere Einrichtungen sind anders. Aber es gibt ja auch den durchgehend offenstehenden öffentlichen Raum, wohin der Rückzug immer möglich ist. Privatsphäre? In jedem Fall Fehlanzeige! Dort, wo Türen sind, ist man nie für sich und stets nur geduldet, und im Offenen ist man für viele tausend Augenpaare auf eigentümliche Art und Weise sichtbar unsichtbar: sichtbar als Abweichung von der Norm, was etwa Hygiene anbelangt, die Körperhaltung, die Menge und Art des Gepäcks. Unsichtbar schließlich in der Gesamtheit aller Abweichungen, die sich zur Bedürftigkeit verdichten. Sie hat unhintergebar appellativen Charakter und löst deshalb, ob bewusst oder unbewusst, eine Gegenreaktion aus. Denn als beobachteter Mensch ist man meist auf dem Weg zu einem Termin oder trägt schwer an den Einkäufen. Da kommt ein an der Kaufhausfassade kauender Mensch gerade ungelegen. Immer wieder bin ich deshalb geneigt, der Rede vom »Rand der Gesellschaft« zu misstrauen, zieht es die meisten doch mitten ins Getümmel der Metropolen. Es ist eher der Rand des Sehfeldes, an den jede*r Einzelne der Gesellschaft diese Menschen verfrachtet. Andererseits, was kann eine Einzelperson schon tun gegen die Misere? Denn selbst wenn man dem Appell folgt und etwas Geld gibt, dann weiß man doch genau, dass die Bedürftigkeit nicht wirklich gelindert ist. Von der Obdachlosigkeit ganz zu schweigen. Das Geld ist mehr Geste als Hilfe, was jedoch kein Plädoyer dafür sein soll, nichts mehr zu geben! Auch kleine Gesten sind bedeutsam, für beide Seiten. Und dabei ist übrigens Geld die einzige Währung, die Obdachlosen eine Entscheidungsfreiheit zubilligt und sie nicht zu unmündigen Naturalienempfangenden degradiert, die selbst nicht wissen, was gut für sie ist.

Der Obdachlosenalltag ist selbstverständlich noch durch viele andere Merkmale der Einzelperson bestimmt: Einer Frau mutet er anderes zu als einem (Cis-)Mann. Einer Trans-Person wieder ganz anderes, da bei Notunterkünften hierzulande binäre Geschlechtertrennung und Unterbringung in Mehrbettzimmern den Regelfall darstellen, fast ohne Ausnahme. Sucht, Gewalterfahrungen und/oder (psychische) Krankheiten – ob als Ursachen oder sich immer verschlimmernde Folgen der Obdachlosigkeit – prägen den Alltag ebenso maßgeblich wie etwa das Alter: Während Jüngere noch häufiger in Gruppen leben, gehen Ältere oft nur lose Zweckbeziehungen ein oder isolieren sich fast vollständig von anderen. Es bröckelt nämlich der Zusammenhalt mit jeder negativen Erfahrung etwas mehr. Die Staatsangehörigkeit hat ebenfalls enormen Einfluss, weil daran Leistungsansprüche hängen. Und nicht zuletzt spüren die Betroffenen noch die ganzen Ressentiments und Vorurteile einer Gesellschaft, die sich ganz an dem orientiert, was sie Leistung nennt, wobei nur ganz bestimmte Formen davon Wertigkeit besitzen: Oder verbinden Sie den Pflegeberuf, das Erziehen von Kindern, das Reinigen von Büros oder Erntearbeiten mit Aufstieg oder zumindest Sicherheit? Verstärkt wird die Abwertung von Armut und Obdachlosigkeit noch, wenn bei den Menschen eine andere Herkunft vorliegt oder angenommen wird. Das »bandenmäßig organisierte Betteln« hat man bei »unseren« Obdachlosen noch nie gesehen. In der Münchner Stadtverwaltung hießen letztere folglich auch in moralisierender Abgrenzung »Demutsbettler« (Obermaier/Steinke 2011). Von Ausländer*innen betrieben ist auch die »Bettelmafia«, die laut Boulevardpresse durch halb Europa reist, um sich an Klein- und Kleinstbeträgen zu laben. Beschäftigt man sich jedoch eingehender mit dem Phänomen, als es beispielsweise nationalistische Politiker*innen tun und solche, die unkritisch oder kalkuliert rechte Narrative bedienen, dann findet man bittere Armut in den (EU-)Herkunftsländern, Ressentiments, Ausgrenzung und Abwertung sowie institutionalisierte und strukturelle Diskriminierung – in dieser Vielfalt ist man geeint!

Und was findet man noch? Zusammenhalt! Auf familiärer Ebene. Also dort, wo man hierzulande in Parlamentsreden sehr gern den Kern unserer Gesellschaft ausmacht. Freilich, die in Holzbaracken hausende Großfamilie, in der kaum jemand lesen und schreiben kann, hat dabei niemand im Sinn. Ebenso wenig den Zusammenhang zwischen Armut auf dem Land und Kinderreichtum, der sich durch die gesamte Menschheitsgeschichte zieht und das Fundament bildete für Armeen, die Industrielle Revolution sowie in der Folge für die Herausbildung von kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaften. Doch immer schon wurden die Familienbande von armen Menschen in die Nähe einer Bandenbildung gerückt. Im Zusammenstecken ihrer Köpfe wittert man Verbrechen und Gefahr, wogegen man als Gesellschaft immer zusammenhalten muss, und sei es in Kaltherzigkeit. Dazu jedenfalls forderte der damalige Münchner Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) die Stadtgesellschaft angesichts des »angereisten Phänomens« von armen EU-Bürger*innen auf: »Bitte seien Sie kaltherzig« (Obermaier/Steinke 2011). Es wäre selbstverständlich ein Wunder, käme es nicht auch dort zu schwer kriminellm Verhalten und Menschenhandel, doch beides findet sich in weit größerem Umfang bei der Ausbeutung der Arbeitskraft von Menschen aus Billiglohnländern (Mitwalli 2016, Friedrich-Ebert-Stiftung 2015). Ein ähnlicher aus den Amtsstuben heraus geäußerter Generalverdacht dazu verbietet sich freilich aus Sorge um den Wirtschaftsstandort.

Von der Vergangenheit

Armut erweckt Argwohn. Untätige Armut, wo die Hand nicht zupackt, sondern aufgehalten wird, noch mehr. Das Misstrauen wird zum Generalverdacht, da, wo die Wertschöpfungskette abgeworfen wurde, falls sie je so weit nach unten reichte, dass man sich an ihr hätte hochziehen können. Die wahre Ausbeutung, sie kommt von unten. Wegen ein paar schwarzer Schafe, die doppelt wertschöpfen, indem sie die Kette um den Hals von anderen legen, kann man nicht das ganze System verurteilen, das da irgendwo auch heißt: Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied. Und manch trägen Pechvogel musste man zu seinem Glück zwingen: Im durch Handel und Ausbeutung reich gewordenen Amsterdam des 17. Jahrhunderts etwa gab es Berichten zufolge im Rasphuis, dem berühmtesten Zuchthaus des Landes, eine eigene Zelle für die Arbeitsscheuen. Verweigerten die Bettler und jungen Kleinkriminellen die Zwangsarbeit, so

wurden sie in eine Zelle im Keller gesperrt, die man langsam mit Wasser fluten konnte. Die Rettung war eine Handpumpe, an der die Eingesperrten Zug um Zug den Wert der Arbeit lernen konnten (Blom 2017, S. 159). Im Mittelalter kam es mitunter dazu, dass Reiche ihren Besitz an einen der vielen Bettelorden gaben, um im Wandern und Predigen dem von Franz von Assisi vorgelebten Ideal einer *Vita apostolica* zu folgen. Auch das Almosengeben war sehr weit verbreitet, wobei lange Zeit der Gebende im Mittelpunkt stand. Ab dem 12. Jahrhundert gewann der Empfangende an Bedeutung, da sich die Vorstellung einer »Tauschbeziehung von Almosen gegen Fürbitte« durchzusetzen begann (Oberhuber 1999, S. 43), womit auch die Frage nach der Wahrhaftigkeit der Bedürftigkeit aufkam. Die Konsequenz waren städtische Bettelordnungen. Etwa 1370 wurde die erste in Nürnberg erlassen, die nur Einheimischen das Betteln erlaubte und eine Bedürftigkeitsprüfung vorsah (ebd., S. 44). Wer körperlich gesund war, sollte gefälligst arbeiten, während Hungersnöte und die Pest grassierten.

Martin Luther polemisierte heftig gegen Bettelorden, und mit seiner Theologie verlor die Armut ihre Gottgefälligkeit. Er wandte sich mit Nachdruck gegen das Vagabundieren und »fremde Bettler«, um »die Bettelreviere der wohlhabenden Klöster [zu] begrenzen« (Griese 2000, S. 4 f.). Die vollkommene Abschaffung des Bettelns unter Christen nannte Luther »eines der größten Bedürfnisse«, wobei er wusste, dass Armut nicht einfach so aus der Welt geschafft werden kann, außer vielleicht durch Reichtum, der durch Arbeit entsteht: »[...], will er aber reich sein, so greife er mit der Hand an den Pflug und such's sich selbst aus der Erde. Es genügt, dass die Armen angemessen versorgt sind, so dass sie nicht Hungers sterben noch erfrieren.« (zit. nach ebd., S. 5) Wohl dem, dem die Erde gehört!

Die Unterscheidung zwischen ortsansässigen und fremden Bettler*innen beschäftigte in der Folge die kommunalen Verwaltungen, wobei jede eigene Mittel der ›Problemlösung‹ wählte. Überhaupt kam es zu einem Nebeneinander, zu Überlappungen, Uneinheitlichkeiten, Willkür und Gegenläufigkeiten. Auch die Begriffe wurden recht willkürlich benutzt, wobei »Vagabund«, »Vagantin«, »Landstreicher*in« – Frauen standen dabei immer schon unter Prostitutionsverdacht – fast ausschließlich fremde, wandernde Menschen bezeichneten, von denen deshalb mehr Gefahr ausgehe. Die Ahasver-Legende mag hierbei ebenfalls nicht unwichtig gewesen sein und den Argwohn der ›guten Christen‹ befeuert haben. Neben der Frage nach Fremdheit oder nicht war die Wahrscheinlichkeit das Hauptkriterium, woran sich immer schon die Fragen nach der Schuld wie auch nach der Arbeitsfähigkeit anschlossen. Diese Grenzziehungen zwischen akzeptierter und zunehmend stigmatisierter Armut bildeten »einen Katalysator für die Entfaltung frühneuzeitlicher Staatlichkeit« (Althammer 2017, S. 13).

Herrschende erließen »Policeyordnungen«, wodurch Vagabunden, Bettler*innen und generell marginalisierte Gruppen in den Fokus der sich bürokratisierenden Obrigkeiten gerieten (Pilone 2021), was auch bei den fleißig zuarbeitenden Hilfs- und Fürsorgeeinrichtungen zur Verwaltung von Armut und statistischen Erfassung, Überwachung und Zergliederung der Betroffenen führte. Teils wurden sie gezwungen, für alle sichtbar ein Zeichen aus Messing zu tragen, damit sie nicht »Wirtshäuser und andere ungeziemende Orte besuchen [und dort] müßig herumstehen und unnütz verzehren« (zit. nach Oberhuber 1999, S. 47). Niedere Arbeiten wie Holzhacken und Steine klopfen sowie die Urbarmachung von Land waren Dauerbrenner in der Zwangsbeschäftigung von Männern, während schlechtbetuchte Frauen Web-, Spinn- und Strickarbeiten zu erledigen hatten. In ganz Europa wurden Arbeitshäuser gegründet (Griese 2000, S. 7f.), Vagant*innen drohten zum Teil drakonische Strafen wie etwa Brandmarkungen, und sogar die Todesstrafe war im Wiederholungsfall vorgesehen (Oberhuber 1999, S. 52). Auch die »Bettlerschub« genannte, teils massenhafte Abschiebung in die nächste Gemeinde oder Stadt war ein gern gewähltes Mittel (ebd., S. 51), denn jede Verwaltung ist sich selbst die nächste. Man konnte

das zeitgenössische Problem des »Abrieb[s] des ganzen Deutschlands« (zit. nach Hitzer 2007, S. 195), also der Armen, welche im Zeitalter der Industrialisierung neben den Wohlstandsgewinnen eben auch massenhaft produziert wurden, auch in die Arbeiterkolonien der Wanderarmenfürsorge abschieben. Eine erste wurde 1882 vom evangelischen Pastor Friedrich von Bodelschwingh bei Bielefeld begründet, der Obdachlosigkeit hauptsächlich als moralisch-religiöses Problem, sprich Defizit des Einzelnen, begriff (ebd., S. 199f.). Außerdem fürchteten sich die Kirchenvertreter und konservative Kreise vor »socialistischen Lehren« (zit. nach Scheffler 1982, S. 62; vgl. Griese 2000, S. 8–11; Oberhuber 1999, S. 80), welche durch Landstreicher auch in kleinen Städten sowie auf dem Land Verbreitung fänden. Daher stand überall der erzieherische Aspekt im Sinne eines christlichen, tugendhaften, obrigkeitstreuen Lebenswandels im Mittelpunkt, was durch einen strengstens geregelten Tagesablauf sowie religiöse Unterweisungen gewährleistet werden sollte. Bodelschwingh sprach von der »Barmherzigkeit der Zucht« (zit. nach Ayaß 1982, S. 411), die für die Arbeitsscheuen vorgesehen war: »Für die Fleissigen entsprechende Hilfe, für die Faulenzer stramme Zucht« (zit. nach Scheffler 1982, S. 67). Die sozialen und politischen Zusammenhänge der Armut blendete auch der Begriff »korrektionselle Nachhaft« aus, die von Landstreichern im Anschluss an das Gefängnis in Arbeitshäusern abzuleisten war (Ayaß 2013, S. 91), ob sie nun tatsächlich arbeitsfähig waren oder eben nicht, was wohl für den weit überwiegenden Teil der so Inhaftierten zutraf (Scheffler 1982, S. 67). Was also über Jahrhunderte betrieben wurde, war eine Entpolitisierung von Armut bei gleichzeitigem »blaming the victim« (Oberhuber 1999, S. 11) per inkludierender Exklusion der Betroffenen in Spezialanstalten aller Art. In den bodelschwinghschen Kolonien etwa bestand ein »System der umfassenden Entmündigung«, mit dem das »große Kind«, als das jeder Kolonist letztendlich angesehen wurde, »zur moralischen Selbständigkeit erzogen werden müsse« (Hitzer 2007, S. 211).

Unter diesen laborartigen Bedingungen konnten verschiedene Disziplinen der Wissenschaft, besonders aber die Psychiatrie (Oberhuber 1999, S. 82–84), diese zu Delinquenten gemachten Menschen genau studieren. Man »entdeckte« einen »epileptischen Wandertrieb« (ebd., S. 84) und der Soziologe Georg Simmel etwa sprach 1908 von »vagierenden Naturen«, die ein parasitäres Verhältnis zu normalen, »von Naturanlage her sesshaften« Menschen hätten (zit. nach Althammer 2017, S. 24).

In der Zeit der Weimarer Republik galt dem Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt die Wohnungsfrage als »die soziale, vielleicht sogar die Zukunftsfrage Deutschlands und des Deutschtums« (zit. nach Oberhuber 1999, S. 73; Herv. i. Orig.). Als Lösung trat die Norm auf den Plan: Massenweise normierte Wohnungen aus Sozialwohnungsbauprogrammen, vorgesehen für die Kernfamilie als Kern einer qualitativen Bevölkerungspolitik zur Steigerung des Lebensstandards. »Kehrseite dieser enormen Leistung der Integration und Disziplinierung der Arbeiterklasse war die Konstruktion einer Kategorie von Ausgeschlossenen.« (ebd., S. 78) Sie waren die Antitypen zu dem, was als normal angesehen wurde: Obdachlose, Nichtsesshafte mit ihrem in die Wiege gelegten Wandertrieb, Landstreicher*innen, generell »Asoziale«.

Über viele Jahrhunderte hinweg wurden die Begriffe nach Gutdünken der Polizei oder Stadtverwaltung verwendet und durcheinandergewürfelt: Mal waren die Armen »Bettler*innen«, mit denen viele Menschen Mitleid hatten. Bürgerliche »Antibettellvereine« gab es freilich auch (Ayaß 2013, S. 90), wobei diese häufig eine zentrale und straff organisierte Armenfürsorge wünschten, um an den eigenen Haustüren nicht mehr belästigt zu werden. Mal waren die Armen »Wanderer«, »Vagabund*innen«, »Landstreicher*innen«, »Jenische« oder »Zigeuner*innen«, denen in aufsteigender Reihenfolge mit immer mehr Argwohn und auch zunehmend mit dem Buchstaben des Gesetzes begegnet wurde, wobei nicht selten ein Bedrohungsszenario von Brandstiftung und Raub aus Rache heraufbeschworen wurde, sollte man eine milde Gabe verweigert haben (Althammer 2007, S. 172). Mit der zunehmenden Herausbildung von Normen und Quasi-Selbstverständlichkeiten rund um das Wohnen entstanden in den Behörden und Ämtern auch neue Begriffe. Der Begriff »obdachlos« stammt dabei »aus der Verwaltungssprache der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts« und ist negativ durch einen Mangel bestimmt, wobei er damals eher

»unnormale« Wohnende wie Schlafgänger oder Trockenwohner bezeichnete« (Oberhuber 1999, S. 75). Im Zuge des Aufstiegs von sehr vielen in »geordnete Wohnverhältnisse« nahm die Schärfe des Ausschlusses für die im Vergleich wenigen zu. Die neu errichteten städtischen Obdachlosenasyile stellten die unterste Stufe des Wohnens dar für diejenigen, die versagt haben. Dort einrichten konnte man sich freilich nicht, denn die »Höchstzahl der Übernachtungen [...] war üblicherweise auf drei oder fünf Nächte beschränkt, ansonsten konnte eine Strafanzeige erfolgen« (ebd., S. 148, Endnote 58). Strengste Disziplin und gute Führung waren gefragt, dann konnte es auch klappen mit dem »Nach-oben-Wohnen« (ebd., S. 76).

Dann gab es noch die Unterkategorie der »Nichtsesshaften«, die während der Diktatur der Nationalsozialisten im »Fachdiskurs« an Bedeutung gewann, obwohl der Terminus bereits Ende des 19. Jahrhunderts geprägt wurde. Der Begriff setzte sich dann in der Bundesrepublik umfassend durch und fand sogar Eingang in das Bundessozialhilfegesetz von 1961. Erst in den 1980er Jahren kam zunehmend Kritik daran auf, da der Begriff eine soziale Notlage und die aus Armut erwachsende Kompensationsstrategie als einen angeborenen oder erworbenen Charakterzug bzw. -trieb umdeutete. Außerdem entwickelte sich langsam ein Bewusstsein dafür, dass das Hilfesystem mit den strengen Übernachtungsbegrenzungen für die Nichtsesshaftigkeit der Klient*innen mitverantwortlich war, und der diese Praxis kritisch einfangende Begriff der »vertreibenden Hilfe« tauchte auf (Ayaß 2013, S. 94–100).

Schließlich noch der Begriff des »Asozialen«, der ebenfalls während der Nazi-Diktatur eine steile Karriere hingelegt hat und auch heute noch das Denken vieler Menschen im Alltag prägt, wenn von Obdachlosen die Rede ist. In der DDR war der Begriff ab 1968 sogar Teil des Strafrechts. Dieser Begriff und das relativ synonym, jedoch viel seltener verwendete »antisozial« wurden auch bereits in den 1920er Jahren in Fürsorgediskursen verwendet. Ab etwa 1935 verbreitete sich das Wort rasant, wobei die Begriffsverschiebungen in dieser Zeit »weniger durch Neologismen als durch Veränderung von Worthäufigkeiten und Wortverbindungen« erreicht wurden. Der völkische Rassen-, Reinheits- und Nützlichkeitswahn führte schnell zu Worten wie »Minderwertige« und »Ballastexistenzen« (ebd., S. 93), wobei die »wesensmäßige Arbeitscheu« der Menschen immer härter bestraft wurde.

Doch vor der brutalen Terrorherrschaft der Nationalsozialisten gab es auch Gegenbewegungen der widerständigen Selbstorganisation, die heute jedoch fast gänzlich in Vergessenheit geraten sind. Bereits im ausgehenden Spätmittelalter entstanden »Elendenbruderschaften« mit eigenen Herbergen. In dieser Tradition stand im 18. Jahrhundert auch das »>Kochemer Netz« [...], ein jiddischer Ausdruck, der in etwa »kundig, geschickt, verständig, schlau, tugendhaft« bedeutet«. Das Netz bestand aus speziell markierten Vagantenstraßen, »die abseits der ausgebauten Heerstraßen ganz Deutschland durchzogen«. Dort lagen im Abstand von höchstens je einem Tagesmarsch »geheime Herbergen oder abgelegene Hütten, [...] teilweise gab es sogar ganze Dörfer, die dem Kochemer Netz angehörten« (Oberhuber 1999, S. 52 f.). Eine letzte Blütezeit der vagantischen Selbstorganisation gab es gut zehn Jahre nach Ende des Ersten Weltkriegs und in Vorahnung des Horrors des Faschismus, als im Mai 1929 in Stuttgart unter Polizeibesitzung das erste große Vagabundentreffen stattfand, das von Gregor Gog und der von ihm gegründeten »Bruderschaft der Vagabunden« organisiert wurde. Rund fünfhundert Menschen und sogar internationale Presse hatten sich versammelt und lauschten den Reden, die später in der von Gog herausgegebenen Vagabundenzeitschrift *Der Kunde* abgedruckt wurden. Die Selbstbezeichnung »Kunde« geht dabei sprachlich auf den »Kochemer« zurück (ebd., S. 84).

Manche Beiträge führen radikale Anklage gegen den Staat, der nicht am Menschen und an Brüderlichkeit interessiert sei, sondern an Untertanen, um Krieg zu führen. Der Maler Hans Tombrock schäumte, dass man »zu Henkern, zu Mentschentötern« ausgebildet wurde, wo man doch eigentlich der ganzen Welt, vom Menschen über die Tiere bis hin zum Staubkorn, brüderlich verbunden sei. »Wir wollen gut sein dürfen«, rief er, der selbst die Schrecken des »für Gott, Kaiser und Vaterland« geführten Krieges erlebt hatte. Die Erfahrungen des Umherwanderns, des Schlafens in »den Sauställen der Christlich-staatlichen Herbergen [und] Obdachlosenasylen, gedemütigt, geduldet, entrechtet, aller Menschenwürde beraubt«, lehrte die Vagabunden, dass die Straßen ebenso wie die Wälder, Berge und Flüsse »vor keiner sogenannten Landesgrenze haltmachen oder abbrechen« (Tombrock 2021 [1929], S. 33–35).

Auch Gog selbst war sowohl von den staatlichen als auch den kirchlichen Institutionen zutiefst desillusioniert. In seiner flammenden Eröffnungsrede sieht er in der Kirche eine essentielle Stütze der herrschenden »Raubtierordnung« (Gog 2021 [1929], S. 27). Und der Staat »sorgt für sich, für die Gesellschaft, für die Satten, damit die Opfer ihrer Tyrannis ihnen nicht zu nahe an den Leib rücken. Ihre ›Fürsorge‹ ist Polizistenhumanität!« (ebd., S. 23 f.). Vagabunden würden nur als »arbeitsscheue[s] Gesindel« gelten. Diese Beleidigung wendet Gog affirmativ um: »Arbeit wäre Mithilfe zur weiteren Versklavung, wäre Arbeit an der bürgerlichen Hölle! Sklavendienst zum Schutze und zur Erhaltung der Unterdrücker!« Daher ruft er die Parole aus: »Generalstreik das Leben lang!« (ebd., S. 24) und später »Lieber verrecken wir, als diese Welt noch länger zu stützen!« (ebd., S. 28).

Das Vagabundentreffen und die Reden hatten vor allem für die Bewegung selbst und Gogs »Verlag der Vagabunden« spürbare Auswirkungen. Der polizeiliche Spitzelbericht fasst die Lage nüchtern zusammen: »Politisch kommt dem Treffen keine große Bedeutung zu, da, so radikal sich die Redner vielfach gebärdeten, die eigentlichen Vagabunden nicht organisierbar sind. Die von Gog gegründete ›Bruderschaft der Vagabunden‹ ist nur eine kleine Organisation, die politisch keine Rolle spielt« (Anonym 1982 [1929], S. 211). Wie recht der Polizist mit dieser Beurteilung hatte, sollte die Geschichte ab 1933 erweisen: Vagabunden und durch die Weltwirtschaftskrise in Armut gestürzte Menschen gehörten bei diesen unzähligen Raubtieren anderer Ordnung als »Asoziale« zu den ersten Opfern. Bereits im September 1933 führten Polizei, SA und SS auf Betreiben des Reichsinnen- und Propagandaministeriums die sogenannte »Bettlerrazzia« durch, bei der als »Maßnahme zur Reinhaltung des Straßenbildes« (Bischoff 2022, S. 60) in wenigen Tagen Zehntausende Wohnungslose in Konzentrationslager gesteckt wurden. Es folgten Zwangssterilisationen, Zwangsarbeit und immer deutlichere Drohungen, z. B. durch den NS-Volksdienst: »Rücksichtsloser Kampf dem asozialen Wanderer« (zit. nach Ayaß 1982, S. 413). Im Sommer 1938 gab es mit der »Aktion Arbeitsscheu Reich« eine weitere Verhaftungswelle, sodass die mit dem schwarzen Winkel als »asozial« Gekennzeichneten vorübergehend »in den bestehenden Lagern die mit weitem Abstand größte Häftlingsgruppe« bildeten (Bischoff 2022, S. 61). Schätzungen zufolge gehörten zwischen 63.000 und 82.000 Menschen der Opfergruppe der »Asozialen« bzw. der

»Berufsverbrecher« an, wobei Bettelei eben strafbar war und Arme also auch mit wenig krimineller Energie in diese Kategorie fallen konnten. Die Stigmatisierung setzte sich noch jahrzehntelang fort. Der Paragraph 73 des Bundessozialhilfegesetzes von 1961 etwa sah als Hilfsmaßnahme für Obdachlose eine Zwangsunterbringung vor, bis ein solches Vorgehen 1967 als verfassungswidrig eingestuft wurde. Aber auch andere Verfolgte des NS-Terrors gingen auf Distanz. Die im »Comité International de Dachau« organisierten Opfergruppen sprachen sich z. B. 1963 dagegen aus, Homosexuelle, »Asoziale« und »Berufsverbrecher« mit in das Internationale Mahnmal von Nandor Glid im ehemaligen Konzentrationslager Dachau zu integrieren (Riedle/Schretter 2015, S. 105). »Asoziale« und »Berufsverbrecher« waren schließlich auch die letzten, die vom Deutschen Bundestag als Opfergruppen der NS-Diktatur anerkannt wurden, und zwar im Februar 2020 (Nonnenmacher 2022).

Doch war der Polizeibericht von 1929 nicht nur für den kurz darauffolgenden Nazi- und Polizeiterror relevant. Er ist auch für das Hier und Jetzt bedeutsam: Die »eigentlichen Vagabunden [sind] nicht organisierbar«, heißt es dort so lapidar wie einleuchtend (Herv. d. Verf.). Wer auch immer damit genau gemeint war – etwa großstädtische Obdachlose, wandernde Landarbeiter*innen, Kriegsversehrte, Lebensreformer, Anarchist*innen oder Künstler*innen –, es waren »Niemandsteute« (Trappmann 1982, S. 227). Und das ist die überaus heterogene Gruppe der als obdachlos wahrgenommenen Menschen bis heute geblieben: Menschen, die nicht zählen. Sichtbar und unsichtbar zugleich. Ständig präsent im öffentlichen Raum und nicht repräsentiert in den öffentlichen Institutionen des Staates, dessen erste und subtilste Form der Gewalt genau darin besteht, dass bestimmte Menschen und Phänomene, die der Kapitalismus zeitigt, dort nicht vorkommen. In der repräsentativen Demokratie stehen nicht jedem die Ressourcen zu, derer es bedarf, um dauerhafte Repräsentationsstrukturen aufzubauen und zu erhalten. Arme haben andere Sorgen, Obdachlose sowieso. Sie kennen einander nicht, und es ist keine Identität, auf die man sich positiv beziehen kann. Die Armut ist vielmehr ein Stigma, das am liebsten alle hinter sich lassen würden. Jeder einzelne obdachlose Mensch erscheint als entkoppeltes Einzelschicksal und als Abweichung vom Normalen.

Es ist jedoch die faktische Gewalt des »Normalen«, welche Obdachlosigkeit in immer größerem Umfang produziert, insofern auch die existentiellsten Lebensbereiche wie etwa das Wohnen immer warenförmiger werden und die Art und Weise der Produktion (und Konsumption) die Lebensgrundlagen und mit ihnen die Häuser auf diesem Planeten zerstören. Die Nichtorganisierbaren sprechen von »Raubtierordnung«, die Organisierten haben »Ordnungshüter«.

Von der Mitte

Es hat schon eine seltsame Bewandnis mit dem viel beschworenen Zusammenhalt. Im andauernden Wettbewerb der Nationalökonomien geht er stets mit Grenzziehungen einher, wenigstens solange man es nicht mit den Verheerungen von Naturkatastrophen zu tun hat. Wo es jedoch nicht akut um das nackte Überleben geht ... Vielleicht sollte ich an dieser Stelle innehalten und mich korrigieren, denn angesichts einer um etwa dreißig Jahre niedrigeren Lebenserwartung von Obdachlosen (Jonas 2018) geht es auch da immer akut um die nackte Existenz. Nichtsdestotrotz: Bei Naturkatastrophen bieten sogar im Clinch liegende Staaten einander Hilfe an. Es stellen sich nämlich die Fragen nach individueller Schuldhaftigkeit oder Versäumnissen nicht – selbst angesichts einer menschengemachten Klimaerwärmung. Die Betroffenen sind jedenfalls nicht schuld an dieser spezifischen Katastrophe, deren Konsequenzen sie tragen, da sie vor den Trümmern ihrer Existenz stehen. In Nachrichtensendungen wird dann oft das Adjektiv »obdachlos« für die Überlebenden verwendet. Doch weil sie mit einem nachrichtenwürdigen Paukenschlag ihres Obdachs beraubt wurden, sind sie kein Fall fürs klassische Wohnungslosenhilfesystem, das für die durchschnittlich etwa achtzig Zwangsräumungen pro Tag hierzulande reserviert ist. In denselben Nachrichtensendungen werden Politiker*innen auf Ortsbesuch gezeigt, die Zusammenhalt beschwören, denn: »Dieses Schicksal hätte jeden von uns treffen können!« Sie müssen Betroffenheit zeigen, da sie in stellvertretender Funktion für uns dort sprechen, die durch irgendwelche Fügungen nicht getroffen wurden.

Doch wir waren bei Grenzziehungen und den offenen Grenzen in der Europäischen Union. »Unsere« Wirtschaft fordert seit Langem: »Wir brauchen Fachkräfte!« Dass dieselbe Wirtschaft in einem Land mit einem der größten Niedriglohnsektoren in der EU zugleich unzählige billige Arbeitskräfte braucht, ist kaum öffentlich zu hören. Keine Ernte ohne angereiste »Helfer*innen«, kaum eine Großstadt ohne »Tagelöhnerstrich«. In vielen Branchen, etwa dem Bau- und Putzgewerbe oder in den Schlachthöfen, zählen die Muskelkraft oder das Nicht-in-einer-Gewerkschaft-Sein mehr als fehlerfrei formulierte Bewerbungen. Und so schlafen die einen trotz Arbeit und Mindestlohngesetz unter Brücken und müssen sich im Winter z. B. ins Münchner Obdachlosenhilfesystem einklagen. So etwa der siegreiche Kläger Hristo Vankov, der jedoch wenige Monate nach Urteilsverkündung 61-jährig in Bulgarien starb, als er bei den dortigen Behörden um Dokumente für die hiesigen Behörden ersuchte (Stumberger 2018). Die anderen gehören zu »uns« und haben eine schlechte Lohnzahlungsmoral. Nein! Keinen Generalverdacht! Das können wir uns nicht leisten, da wir uns eh schon viel leisten. Allen war das höchst unterschiedliche Lohn- und Wohlstandsniveau zwischen Deutschland und, sagen wir, Rumänien bekannt, den Armen und Ausgegrenzten dort wie auch »unseren« Wirtschafts- und Volksvertreter*innen, als die Beitrittsverhandlungen von einem Teil von diesen und keinem Teil von jenen geführt und abgeschlossen wurden.

Der Volkswissenschaftler und Migrationsforscher Herbert Brücker sagte 2015, »dass gerade die deutschen Arbeitskräfte durch die Einwanderung gewinnen. Die großen Verlierer hingegen sind die ausländischen Arbeitnehmer, die schon länger hier leben.« Während zum unteren Ende der Lohnskala hin die negativen Effekte des unmittelbaren Wettbewerbs immer spürbarer werden – wann in der Geschichte des Kapitalismus waren sie das nicht? –, profitieren etwa »Ingenieure von der Zuwanderung von Facharbeitern und ungelernten Arbeitskräften«. In den Sektoren mit geringen Qualifikationsanforderungen fand keine Verdrängung statt, denn trotz »der starken Zuwanderung stieg die Beschäftigungsquote der einheimischen Arbeitskräfte [dort von 2010 bis 2014] um knapp fünf Prozentpunkte« (Brücker 2015). Und während wir uns noch über die gestiegenen Prozentpunkte freuen, haben wir damit unbemerkt die Logik vom Nutzen eines Menschen mit eingekauft: Die Bettelnden dieses Kontinents, die nicht im Hintergrund malochen, sondern auf dem Präsentierteller Shoppingmeile sitzen, nutzen unseren volkswirtschaftlichen Interessen im Konkurrenzkampf selbstverständlich nicht. Fragen der Selektion gehören nicht der Vergangenheit an, sie sind systemimmanent.

Wer insgesamt am meisten profitiert, sind die Reichen, deren Vermögen seit 1997 nicht mehr besteuert wird. Seit 2008 hat sich die Zahl der Millionär*innen in Deutschland innerhalb von 13 Jahren mehr als verdoppelt: Waren es im Jahr der globalen Finanzkrise noch ca. 810.000, lebten 2021 etwa 1.633.000 Millionäre hier, deren Gesamtvermögen auch insgesamt gestiegen ist (Scholtes 2022). Bei Einkommensmillionären sinkt die Überprüfungsquote ihrer Steuererklärungen seit vielen Jahren und lag 2020 bei sechs Prozent, obwohl die Betrugsquote damals fast 75 Prozent betrug. Im Schnitt mussten pro Fall etwa 312.000 Euro nachgezahlt werden (Bombosch 2021). Und während die Regierungsparteien 2013 und 2016 Passagen zur ungleichen Vermögensverteilung und der daran anknüpfenden politischen Machtverteilung aus dem offiziellen Armutsbericht haben streichen lassen (Öchsner 2016), wurde 2018 von Jobcentern ein etwa sechzig Millionen Euro teurer Verwaltungsaufwand betrieben, um von ALG-II-Bezieher*innen insgesamt 18 Millionen Euro an unrechtmäßigen Kleinbeträgen zurückzufordern (Roßbach 2019). Zum Glück gibt es andererseits den gelebten zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt in Form der mittlerweile über 950 Tafeln. Doch sogar bei dieser Form der »Armutsökonomie« profitieren eher die Lebensmittelindustrie und der -handel als die Armen (Selke 2022; Sand 2022).

Die Reichen werden reicher, während sich das Klima erwärmt und die Phänomene zunehmen, die einmal als »Jahrhundertdürren«, »-fluten« oder »-stürme« bezeichnet wurden. All das stiftet länderübergreifend Zusammenhalt, noch. Denn all die Katastrophenhilfen können die Ursache der Erderwärmung ebenso wenig aufhalten, wie die Ausgabe von aussortiertem Essen bei den Tafeln Armut bekämpfen kann. Und wer über Armut reden will, der darf auch über Reichtum nicht schweigen. Die Klimakrise ist reichengemacht. Die Emissionen der großen Industrienationen übertreffen die der anderen Staaten um ein Vielfaches, und auf die einzelnen Menschen bezogen verhält es sich ebenso: Reiche zerstören die Lebensgrundlagen auf diesem Planeten in weitaus größerem Umfang als arme Menschen (Prager 2023). Doch während diese als arbeitsscheue Schmarotzer gelten bzw. »freiwillig« obdachlos sind, gelten jene als »Leistungsträger« und »Macher«. Man wirtschaftet also weiter, weil die Konkurrenz nicht schläft, sondern ihrerseits weiterwirtschaftet, auf dass der Wohlstand sich mehre, indem jeder Mensch brav zur Arbeit geht. Denn steht nicht bereits in der Bibel: »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen«? Mit diesem perfiderweise um

das Modalverb »wollen« gekürzten Bibelzitat jedenfalls rechtfertigte der damalige SPD-Arbeitsminister Franz Müntefering 2006 die Einführung von Hartz IV in einer Fraktionssitzung, was der spätere Bundeskanzler Olaf Scholz damals als Zitat einer »Weisheit aus den frühen Tagen der Sozialdemokratie« charakterisierte (Schuler 2006).

Von der Zukunft

Nachdem seit 2010 die Obdachlosigkeit in der Europäischen Union um mehr als siebzig Prozent auf über 700.000 Menschen gestiegen war, verabschiedete das EU-Parlament im November 2020 eine Reihe von Empfehlungen, um Obdachlosigkeit in der EU bis zum Jahr 2030 zu beseitigen. Nach einem solch drastischen Anstieg von einer Beseitigung zu sprechen, erfordert Chuzpe, zumal einige Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland, bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal verlässliche Daten zu Obdachlosigkeit erhoben hatten. Wie viele Menschen schlafen draußen? Wie viele erfrieren jeden Winter? Wie viele Hitzetote gibt es im Sommer? Man begnügte sich mit Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V., doch es ist eine Form von Gewalt, wenn man nicht gesehen wird. Und wenn Volksvertreter*innen das Thema Obdachlosigkeit über Jahrzehnte hinweg ignorieren, dann ist die Gewalt institutionalisiert. Dass Menschen kein Dach über dem Kopf haben, ist keine Privatangelegenheit, sondern eine politische.

Im Dezember 2022 war es dann aber schließlich so weit: Die Bundesregierung veröffentlichte zum ersten Mal einen Wohnungslosenbericht. Mehr als 263.000 Menschen hatten demnach zum 31. Januar 2022 keinen festen Wohnsitz, davon lebten ca. 178.000 in Notunterkünften oder Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe. Etwa 49.000 waren wohl verdeckt wohnungslos und kamen zeitweise bei Verwandten und Freund*innen unter. Über 37.000 Menschen lebten auf der Straße. Hauptgrund für den Verlust der Wohnung waren in beinahe der Hälfte der Fälle Mietschulden. Kein Wunder, denn seit 1990 sind knapp zwei Millionen Wohnungen aus der Sozialbindung gefallen. Etwas mehr als eine Million solcher Wohnungen gab es 2022 noch, wobei etwa elf Millionen Menschen einen Anspruch darauf hätten (Grimm 2023).

Für die Bertelsmann Stiftung besteht gesellschaftlicher Zusammenhalt u. a. aus »stabilen, vertrauensvollen und vielfältigen sozialen Beziehungen, einer positiven emotionalen Verbundenheit mit dem Gemeinwesen, dessen Grundordnung als fair akzeptiert wird« (Bertelsmann Stiftung o. J.). Gregor Gog hatte einen anderen Begriff für diese Ordnung: Wo ist die Stabilität ohne festen Wohnsitz? Wie und in was oder wen soll Vertrauen entstehen, wenn nicht einmal mehr Werbetafeln zu einem sprechen? Wo soll die Vielfalt in den sozialen Beziehungen herkommen, wenn fast nur noch Sozialarbeiter*innen keinen Bogen um einen machen? Als Obdachlose*r wird man nicht mehr adressiert. Denn die als »fair« beschriebene Grundordnung schließt die Möglichkeit mit ein, etwas so Existentielles wie das Dach über dem Kopf verlieren zu können. Diese Grundordnung ist bürgerlich-kapitalistisch und als solche auf Raubbau und Ausbeutung ausgelegt. Ihr Wohlstand ist nicht nachhaltig, sondern verbraucht mehr Ressourcen, als die Erde liefern kann. Die aus der Mitte der Gesellschaft kommende »Normalität« produziert am laufenden Band nicht nur auch Müll und Abwärme, sondern immer auch Verlierer*innen, die bloß noch an Nicht-Orten ihren Platz finden. Um dies zu beseitigen, müssten sämtliche politische Repräsentant*innen um eines wirklichen, also Nationen- und Speziesgrenzen überschreitenden Zusammenhalts willen eine Radikalität an den Tag legen, die den Staat in seiner Rolle als ideellen Gesamtkapitalisten zerschlägt, und nicht einfach nur ein paar *Housing-First*-Pilotprojekte auflegen, wobei jedes einzelne davon begrüßenswert ist. Man müsste Arbeit und Zeit neu denken. Man müsste Wohlstand neu denken. Man müsste die politisch-repräsentative Ordnung neu denken. Ob dies in der derzeitigen Politik-, Medien-, Gesetzes-, Rechtssprechungs- und Rechtsdurchsetzungslandschaft bis 2030 gelingen kann, wage ich zu bezweifeln. Die Diskussionen werden derweil im sich aufheizenden Klima hitziger.

at+förmökn